

„The road to the future is always under construction.“ Graffiti in einem Township in Port Elizabeth, Südafrikaⁱ

Karl-Martin Hentschel

Notizen zur Geschichte der Demokratie und Vorschläge für eine moderne demokratische Verfassung

Von Athen bis Zürich und darüber hinaus

Prolog

Letzte Woche erschien ein ungewöhnlicher Artikel in der TAZ über die ehemalige Sowjetrepublik Kasachstan.ⁱⁱ Seit 25 Jahren regiert dort der Diktator Nursultan Nasarbajew. Bei der letzten Wahl 2015 bekam er 98 Prozent der Stimmen. Mittlerweile soll er ein Vermögen von 7 Milliarden Dollar angehäuft haben. Opposition wird konsequent mit Gefängnisstrafen unterdrückt. Nun berichtet die TAZ von jungen gebildeten modernen Menschen, die Nasarbajew für einen klugen Staatsmann halten, einen Patriarchen, der das Volk der 130 Ethnien zusammenhält, die russische Minderheit schützt, sich mit Putin gut versteht. Diese Menschen haben Angst davor, dass er stirbt und Chaos und Nationalismus ausbricht – wie in der Ukraine. Fazit: Lieber ein guter Diktator als Chaos und Unsicherheit.

Das erinnert an Russland. Die Menschen wählen Putin, weil sie die Chaoszeit der Wende, in der sich Oligarchen gnadenlos bereicherten, in schlimmer Erinnerung haben. Putin hat die Öl- und Gasquellen wieder verstaatlicht und kann damit die Renten wieder zahlen – auch wenn das mit sinkendem Ölpreis schwieriger wird.

Ist das nun ein Trend? Nach dem 2. Weltkrieg war die Demokratie siebzig Jahre lang im Vormarsch. Heute nennt sich fast jeder Staat irgendwie „demokratisch“ – selbst die Volksrepublik China nennt sich eine sozialistische Demokratie. Aber nach dem jährlichen Bericht von Freedom House nimmt die Freiheit in der Welt seit 2007 wieder ab.ⁱⁱⁱ Immer häufiger werden Machthaber

wie Putin und Erdogan zwar demokratisch gewählt, stecken aber trotzdem Opposition und Journalisten ins Gefängnis – meist mit Zustimmung ihrer Wähler.

Wer heute für Demokratie kämpft, wer verstehen will, welche Chancen sie künftig hat und was man verbessern kann, der muss sich deshalb mit folgenden Fragen beschäftigen:

Wollen Menschen von Natur aus lieber demokratisch oder autoritär regiert werden? Welche Rolle hat die Demokratie in der Geschichte gespielt? Von welchen Bedingungen hängt es ab, ob Demokratie sich durchsetzen kann und ob sie stabil bleibt?

Ist der Mensch von Natur aus demokratisch?

Welche Regierung die beste ist und der Natur des Menschen am meisten entspricht – das hat Philosophen und Historiker seit Urzeiten beschäftigt. Manche hielten die Menschen von Natur aus für gut wie Rousseau^{iv}. Andere glaubten, sie seien schlecht und brauchen einen König, der Blutvergießen verhindert, wie Hobbes es in seinem Hauptwerk Leviathan^v vertrat. Auch über die Frage, was den Menschen eigentlich so erfolgreich macht, gingen die Meinungen auseinander. Mal war es die Seele, der Glaube an Gott, das große Gehirn, der Werkzeuggebrauch und bei Friedrich Engels schließlich die Arbeit, die den Menschen vom Tier unterscheiden sollte.^{vi}

Heute wissen wir es besser:^{vii} Die gemeinsame Brutpflege, Sex und eine unglaubliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sind es, die den Menschen ausmachen. Die ersten Menschen waren kleine bereits aufrechtgehenden Affen, die eine Besonderheit hatten: Sie lebten in Sippen von ein bis zwei Dutzend Mitgliedern zusammen, die ihre Jungen gemeinsam aufzogen. Diese gemeinsame Brutpflege war ihre Spezialität – ihr Selektionsvorteil! Deshalb trugen sie ihre Nahrung zu einem Platz, wo sie gemeinsam verzehrt wurde. Das klingt einfach, war aber sehr kompliziert! Denn nach dem Gesetz von Darwin gibt es Altruismus nur gegenüber ganz nahen Verwandten – also Kindern und Geschwistern. Der Einzelne – der einem Fremden etwas abgibt – muss darauf vertrauen können, dass er oder sie etwas zurückbekommt.

Damit die gemeinsame Brutpflege funktionierte, entwickelten die Menschen eine unglaubliche Vielfalt von sozialen Verhaltensmustern, die Abhängigkeiten schaffen und Missbrauch verhindern sollten: Liebe, Vertrauen, Eifersucht, Hass (gegen Betrüger), Misstrauen (gegen Fremde), Witze und Aggression, Schmeichelei, Lüge, Ironie sowie das Spielen als soziales Training. Beim Sex irrte die Kirche total: Sex diente nicht der Fortpflanzung, sondern vor allem als emotionaler

Kleister, weshalb Menschen anders als die meisten anderen Säugetiere jederzeit dazu Lust haben und nicht nur während des Eisprungs. Sowieso waren Frauen noch ziemlich gleichberechtigt – wenn es auch meist eine strikte Arbeitsteilung gab.

Noch komplizierter wurde es, als benachbarte Sippen begannen, sich meist einmal im Jahr an einem futterreichen Platz zu treffen, um dort Partner zu finden, seltene Fundstücke und Schmuck zu tauschen, Feste zu feiern und Geschichten zu erzählen. So entstand der Stamm – ein Solidarverband von 150 bis 500 Menschen mit engen Bindungen. Er war eine Art Lebensversicherung. Wenn eine Sippe in Notzeiten in Schwierigkeiten geriet, dann konnten ihr andere helfen oder sie sogar zeitweise aufnehmen. Aber der Stamm bestimmte auch als Grenze, wer dazu gehört und wer ein Fremder war und in Zeiten knapper Ressourcen bekämpft wurde.

Es ist dieser riesige emotionale Ballast oder Reichtum, mit dem wir heute noch zu tun haben – insbesondere in der Politik. Immer noch ist der Bundespräsident unser emotionaler Sippenhäuptling. Immer noch ist Demokratie eine vergrößerte Stammesversammlung – ein Palaver – mit Vorwürfen, Beifallskundgebungen, Verdächtigungen, Selbstdarstellungen und vielem mehr. Am besten erlebt man das in Bürgerversammlungen in der Gemeinde oder auch auf Parteitagen – die in der Regel in etwa Stammesgröße haben. Und wie heute waren solche Versammlungen mehr oder eben auch weniger demokratisch. Auch ein Häuptling wurde nur aufgrund seiner natürlichen Autorität akzeptiert – es reichte nicht, wenn sein Vater schon Häuptling war.

Aber die Erkenntnis, dass Liebe und Eifersucht, Altruismus und Fremdenhass genetisch im Zwischenhirn verankert sind, enthält nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte ist noch wichtiger: Der Mensch ist keineswegs auf ein bestimmtes Verhalten festgelegt, sondern im Gegenteil extrem variabel. Von den patriarchalischen Strukturen mit Haremsbildung der Viehzüchter in den Steppen bis zum sehr egalitären Verhalten bei den Cherokee-Indianern oder dem weiblichen Erbrecht der Friesen an der Nordsee ist bei den Menschen alles möglich. Erst das hat sie befähigt, sich an die unterschiedlichsten Ökotope dieser Erde anzupassen – vom tropischen Regenwald bis zur Eiswüste Grönlands, die unterschiedlichsten Gesellschaftsformen zu bilden und die unterschiedlichsten Rollen und Berufe zu lernen: Sammler, Jäger, Bauer, Fischer, Viehzüchter, Händler, Soldat, Wissenschaftler, Zahnarzt, Ingenieur, König und Präsident.

Fazit 1: Nicht die genetische Programmierung sondern die extreme Flexibilität, sich anzupassen, machen den Menschen aus. Deswegen können wir sowohl in Demokratien und wie auch Diktaturen überleben.

Die Klassengesellschaften

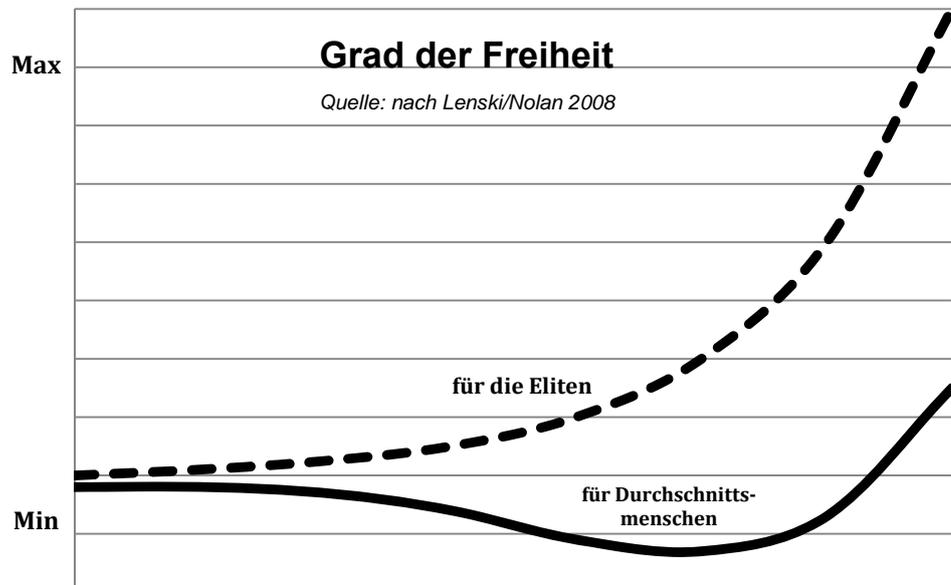
Die erste große Revolution in der Geschichte der Menschheit war die Erfindung des Ackerbaus – zunächst im nahen Osten vor ca. 10.000 Jahren. Sie führte zu einem dramatischen Anstieg der Bevölkerungsdichte und einer radikalen Veränderung des Lebens. Hunger wurde häufiger aufgrund der einseitigen Abhängigkeit vom Ernteertrag weniger Pflanzen. Oft kam es zu Raubüberfällen und regelrechten Kriegen, da die Bauern nicht mehr einfach einem überlegenen Gegner ausweichen konnten. Und schließlich übertrugen sich durch das enge Zusammenleben mit Tieren zahlreiche Infektionskrankheiten, die die Lebenserwartung oft drastisch reduzierten. Doch politisch änderte sich wenig. In den frühen Ackerbaugesellschaften wirtschaftete man gemeinsam und relativ gleichberechtigt. So ging das mehr oder weniger demokratisch organisierte Zusammenleben in Sippen und Stämmen noch für Tausende von Jahren weiter.^{viii}.

Dann aber kam vor etwa 5000 Jahren die endgültige Vertreibung aus dem Paradies: Auslöser waren die Viehzucht und die Vorratshaltung in Stammestempeln und damit das Eigentum. Damit begann eine erneute Revolution der Technologie und des Wissens: Pflug, Rad, Ochseneschirr und Wagen, Segelschiff, künstliche Bewässerung, Obstzüchtung, Dünger, Kupfer- und Bronzeverarbeitung, Ziegelstein, Schrift, Architektur, Mathematik. Besonders bei den Viehhirten in den Steppen waren die Eigentumsunterschiede schon früh sehr groß. Dort bildeten sich erstmals Stämme mit Tausenden von Menschen. An der Spitze stand nun ein Häuptling oder König – der üblicherweise das Oberhaupt der reichsten und mächtigsten Sippe war. Oft machten die kriegerischen und mobilen Hirten die anliegenden Ackerbauern tributpflichtig und entwickelten sich so zu einer Adelsschicht. In anderen Gegenden wurden die Hüter der Getreide- und Ölvorratstempel zu Priestern und Königen.

So entstanden die ersten Agrarstaaten. Wo sich erst mal Herrscher herausgebildet hatten, konnten diese den Bauern das Mehrprodukt abpressen und damit Soldaten und Steuereintreiber – später auch Künstler und Handwerker, Kaufleute und Dienstboten – ernähren und vergüten. Meist umfasste der Adel nur ein bis zwei Prozent der Bevölkerung. Über neunzig Prozent der Bevölkerung

waren Bauern und mussten oft die Hälfte ihrer Produkte wie Getreide, Vieh oder Pelze – später auch in Geldform – abgeben. Oder sie mussten regelmäßig – oft jahrelang – für die Herrscher Fronarbeit leisten, um gigantische Tempelanlagen, Straßen, Kirchen und Befestigungen zu bauen. Die Macht des Adels und der Agrarherrscher war stets mit der Kontrolle eines Territoriums verbunden. Um die Vorratstempel entstanden Städte. Um die Besitzstände und die Schulden aufzuzeichnen, erfanden die Sumerer, die Chinesen, die Mayas und andere Völker die ersten Schriften. Und mit der Erfindung der Schrift begann vor etwa 5000 Jahren die Geschichte der Menschheit (die Zeit vorher nennt man Vorgeschichte). Aber die Zeit der technologischen und Wissensrevolutionen war damit – erst mal – vorbei.

Heute erscheint es geradezu erstaunlich, dass die gleiche Art von Menschen, die mindestens 100.000 Jahre in egalitären Gesellschaften gelebt hatte, von einer kleinen Minderheit ihres Gleichen immer mehr und immer grau-



samer versklavt werden konnten. Die Soziologen Lenski und Nolan kommen in ihrer Bilanz zum Ergebnis, dass in den vergangenen 10.000 Jahren nur die Oberschicht kontinuierlich vom Fortschritt profitiert hat – siehe die nebenstehende Grafik. Für die Masse der Menschen wurde die Unterdrückung immer schlimmer. Erst mit der Industriegesellschaft und der Entstehung des Sozialstaates nahmen die Freiheit, sein Leben zu gestalten, die Freiheit vom täglichen Kampf um Nahrung, die Freiheit von Elend und Krankheiten, endlich zu.

Diese Entwicklung hin zu den großen Agrarstaaten und zu brutalen Klassengesellschaften vollzog sich unabhängig voneinander überall in der Welt – von China bis hin zu den Azteken in Mexiko. Ideologisch wurde die Herrschaft gerechtfertigt, indem die Könige zu Göttern wurden oder göttlich legitimiert wurden. In Europa wurde dies durch die christliche Kirche perfektioniert. Interessanterweise dauerte es bis 1944, bis Papst Pius XII. und damit die katholische Kirche die Demokratie als Staatsform per Edikt akzeptierte und damit von der gottgewollten christlich-katholischen Monarchie als Idealbild eines Staates Abschied nahm.^{ix}

Fazit 2: Die Menschen können Demokratie, Konsensfindung und Aushandeln von Kompromissen. Aber sie sind auch flexibel und oft opportunistisch und lernten auch unter schlimmsten Verhältnissen der Klassengesellschaften und der Sklaverei zu überleben. Deshalb werden sich die Menschen jeweils für die Form aussprechen, von der sie sich die besten Chancen für sich und ihre Kinder versprechen.

Prädemokratien

Auch in den 5000 Jahren, in denen die Klassengesellschaft der Agrarstaaten dominierte, gab es immer wieder auch Ausnahmen, Vorformen von Demokratien – ich nenne sie deshalb Prädemokratien: Prädemokratien waren Nischengesellschaften am Rande der große Agrarstaaten.

Freie Bauern und Seefahrer

In den engen Bergtälern der Schweiz konnten die Bauern ihre urtümliche Demokratie bis Ende des 18. Jahrhunderts erhalten, da die Versuche von auswärtigen Fürsten, sie zu unterjochen, immer wieder scheiterten. Berühmt waren auch die Irokesen in Nordamerika, deren „egalitäre Konsensdemokratie“ möglicherweise einen direkten Einfluss auf die Verfassung der USA gehabt haben soll.^{x xi} Die reichen Marschbauern in Dithmarschen konnten ihre Freiheit bis Ende des 16. Jahrhunderts verteidigen, in dem sie den Einmarsch von Ritterheeren durch das Öffnen der Deiche verhinderten, so dass die Ritter ertranken. Ähnliches galt für die Friesen an der Nordseeküste und die Wikinger mit ihren Volksversammlungen (Things^{xiii}) in Skandinavien. Dort betrieben die Frauen die Landwirtschaft, die Männer fuhren als Händler zur See, manchmal plünderten sie auch und sorgten für ihren schlechten Ruf. Oder sie traten in den Dienst fremder Könige – aber immer als freie Menschen.^{xiii} Die benachbarten Feudalherren ließen sie lange Zeit in Ruhe, solan-

ge Eroberungsfeldzüge zu kostspielig waren und regelmäßige Abgaben nicht zu bekommen waren.

Nach der Entdeckung – oder besser Eroberung – Amerikas wurden zuvor dünn besiedelte Gebiete im Norden der USA und in Kanada, später auch in Australien, Neuseeland und teilweise in Südafrika von Bauern aus Europa erobert und besiedelt. Hier gab es viel Land und es herrschte ein Mangel an Arbeitskräften. Das traditionelle Klassensystem brach rasch zusammen. So bildeten sich am Rande der Zivilisation erneut Prädemokratien, lokale Gesellschaften freier Bauern mit Selbstverwaltungsstrukturen.

Dort jedoch, wo die Arbeit von unterdrückten Eingeborenen oder importierten Sklaven gemacht wurde, wie in den Südstaaten der USA, in Lateinamerika und in den meisten Gegenden Afrikas und Asiens entstanden die Kolonialsysteme, also neue agrarische Klassengesellschaften mit den Einwanderern als herrschender Klasse.

Das Mittelmeer und die Kaufmannsrepubliken

Ein völlig anderer Typus von Prädemokratien entstand im ersten Jahrtausend vor Christus in Handelsstädten wie Athen, die über Jahrhunderte den Handel im Mittelmeer beherrschten. Lenski und Nolan bezeichnen diesen Gesellschaftstyp als „Maritime Gesellschaft“.^{xiv} Es begann mit den phönizischen Städten wie Tyros und Byblos im Osten und den Etruskern im Westen, dann folgten die Griechen und schließlich Rom. Athen war das berühmteste Beispiel. Typisch für diese Gesellschaften war, dass Erfolg und Wohlstand nicht vom Ackerbau herrührten, sondern vom Handwerk und Seehandel. Wichtig für die Entstehung der Demokratie war die Beweglichkeit der Produktionsmittel. Die Schiffe wurden von freien Bürgern gerudert – sie bildeten also quasi gemeinschaftliche Handelsunternehmen. Da wollte jeder mitreden. Und wenn ein Stadtkönig versuchte, den Kaufleuten zu viele Abgaben abzapfen, konnten diese mit den Schiffen wegfahren und sich woanders niederlassen – was sie auch häufig taten.

Allerdings eine Demokratie im heutigen Sinne war Athen nie. Im alten Athen waren nur maximal 10 Prozent der Bevölkerung in der Volksversammlung stimmberechtigt – nicht die rechtlosen Sklaven, die die Mehrheit der Bevölkerung darstellten, nicht die Frauen und auch nicht die Metöken, die „Ausländer“ – meist Griechen aus dem Umland ohne Bürgerrecht in Athen. Auch für Karthago (eine Gründung der Phönizier) ist dokumentiert, dass die führenden Beamten, der Äl-

testenrat und die Feldherrn vom Volk gewählt wurden. Bei den Etruskern, deren Reichtum auf dem Eisenerzabbau auf Elba, der Eisenverhüttung und dem Handel im gesamten Mittelmeerraum beruhte, wurden die ehemals erblichen Priesterkönige später ebenfalls jährlich gewählt.

Das gleiche passierte in Rom.^{xv} Auch Rom war zunächst eine Handelsstadt – in unfruchtbarer Landschaft mit sandigem Boden an der einzigen Furt über den Tiber gegründet. Hier kreuzten sich vier Handelswege - darunter die via salaria (Salzstraße) zur Adria. Zugleich war der Tiber der einzige schiffbare Fluss auf der Ostseite des Stiefels. Als Rom unter etruskische Herrschaft geriet, übernahmen die Römer die Schrift, die Toga und Tunika als Kleidung, die Religion und schließlich auch die Republik – eine Prädemokratie mit einem Senat gebildet aus Vertretern der vornehmen Familien und gewählten Konsuln und Beamten.

Mit dem Sieg der Römer gegen die Karthager und Griechen ging dann diese Geschichteperiode der Maritimen Gesellschaften im Altertum zu Ende. Die römische Republik wurde zur Landmacht, die den Seehandel kontrollierte. Die freien Handelsstädte wurden unterjocht. Rom, die allein übrig gebliebene Herrscherin des Mittelmeeres wandelte sich politisch zum despotischen Agrarstaat – im römischen Reich lieferte die Landwirtschaft wieder 95 Prozent der Steuern.

Die zerfranste Halbinsel Europa und der Aufstieg der Bürger

Es dauerte danach fast 1000 Jahre, bis nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches erneut reiche Handelsstädte entstanden, die den Agrarstaaten mehr oder weniger Selbstständigkeit abtrotzen konnten. Erneut entstanden Stadtrepubliken – zunächst in Norditalien, dann die Hansestädte an der Nordsee und die freien Reichsstädte in Mitteleuropa. Auch diese mittelalterlichen Stadtstaaten waren eher Oligarchien als Demokratien im heutigen Sinne. In Venedig zum Beispiel waren die Sitze im großen Rat erbliche Familiensitze – aber die Dogen wurden in einem komplizierten Verfahren gewählt. Von den 150.000 Einwohnern der Stadt gehörten im 15. Jahrhundert etwa 7000 – also fünf Prozent – zum Kaufmannsadel.

Interessant ist auch die Frage, warum diese besondere Entwicklung gerade in Europa stattfand. Ursache war vermutlich die Geografie. Ein Blick auf die Karte der alten Welt zeigt Europa als eine zerfranste und von Meeren umtoste Halbinsel am Rande der großen Kontinente Afrika und Asien. Nach dem Zusammenbruch des römischen Reiches spielte Europa in der Weltgeschichte nur noch eine unbedeutende Rolle. Die großen Reiche mit teilweise über hundert Millionen Ein-

wohnern, führend in Wissenschaft und Philosophie und mit unglaublichen Reichtümern lagen in Asien und im Orient.

Während aber in Asien und Nordafrika die großen Handelsrouten wie die Seidenstraße durch die Steppen und Wüsten verliefen und von den Agrarimperien kontrolliert wurden, dominierte im unwegsamen, waldbedeckten und durch Gebirgszüge zersplitterten Europa die Schifffahrt entlang der Küsten und Flüsse. Die Zentralmächte waren meist schwach und verbündeten sich später sogar mit den reichen Bürgern der befestigten Städte gegen die regionalen Fürsten. China dagegen war eine Landmacht, durch Gebirge abgeriegelt, schon früh als ein Reich geeinigt, das regionale Selbständigkeit kaum zuließ. In China konnte der Kaiser zeitweilig sogar die Schifffahrt verbieten. Auch in Indien, in Innerasien, in Afrika und im vorderen Orient gab es stets große mächtige Reiche, die die Kaufleute in den Handelsmetropolen, den reichen Häfen wie den Oasenstädten an den Karawanenstädten wie Taschkent, Damaskus, Babylon oder Timbuktu unter Kontrolle hielten.

So waren es denn Europäer, nämlich die Spanier und Portugiesen, die mit dem Schiff nach Amerika und um Afrika fuhren. Zunächst plünderten sie nur und brachten Gold und Silber nach Hause. Mit dem Reichtum weitete sich auch der Handel immer mehr aus. Reiche Kaufleute rüsteten Schiffe aus, die erst durch das Mittelmeer, dann um Afrika herum Handel betrieben und Handelsstützpunkte gründeten. Schritt für Schritt verlagerte sich der Welthandel von den Karawanenstraßen wie der Seidenstraße auf die Weltmeere.

Und dann geschah 1581 etwas Ungeheuerliches: Die drei calvinistischen Provinzen Holland, Zeeland und Utrecht des Königreiches Spanien, die fernab vom Mutterland an der Nordsee lagen, erklärten ihre Unabhängigkeit von der spanischen Krone.^{xvi} Was war passiert?

Die Niederlande waren damals die wohl am dichtesten besiedelte Region in Europa. Die Handelsstädte an der Rheinmündung waren durch ihre ideale Position, die den Rheinhandel, den Ostseehandel und den Amerikahandel verband, reich geworden. Hier dominierte nicht mehr die Landwirtschaft, sondern die Mehrheit der Menschen lebte in Städten und es entstand ein wohlhabender Mittelstand aus Kaufleuten und Handwerkern. Zum ersten Mal in der Geschichte übernahm das Bürgertum in einem Flächenstaat die Herrschaft, wenn auch nur in einem kleinen Küstenstrich an der Flussmündung des Rhein.

Was dann aber geschah, war noch ungewöhnlicher. Die zahlreichen Handelsgesellschaften wurden unter dem Druck einflussreicher Kaufleute zu zwei Monopolen zusammengeschlossen – der Ostindische Kompanie und der Westindischen Kompanie. Der Staat übertrug diesen das Recht, Truppen aufzustellen, Festungen zu bauen und Kriege zu führen. Praktisch wurde die Außenpolitik privatisiert. Im kommenden Jahrhundert erwarb die Ostindische Kompanie das Monopol im Gewürzhandel nach Hinterindien, während die Westindien-Kompanie ihr Monopol im Sklavenhandel zwischen Afrika und Amerika durchsetzte.

So wurde dieses winzige Land zur führenden Handelsmacht der Welt. Die Niederlande wurden unvorstellbar reich, relativ (prä-)demokratisch und liberal. Nirgends in Europa konnten auch einfache Menschen so gut leben. Nirgendwo anders gab es so viele Freiheiten wie hier. Berühmte Künstler, Wissenschaftler und Philosophen wie Descartes zog es in die Niederlande. Doch der Reichtum basierte auf der grausamen und brutalen Unterdrückung von Millionen Menschen in den Kolonien und dem Sklavenhandel. Und eine wirkliche Demokratie waren die Niederlande nicht. Noch bis 1917 sorgte das Zensuswahlrecht¹ dafür, dass die reichen Kaufleute allein das Sagen hatten.

Abgelöst wurden die Niederlande als Welthandelsmacht schließlich Ende des 18. Jahrhunderts durch den Inselstaat England. Auch das war kein Zufall: England war der erste große Agrarstaat, in dem die Kaufleute, die Seefahrer – das Bürgertum – die Macht ergriffen. Im 16. Jahrhundert war England noch eine typische Agrargesellschaft mit einer Seeräuberabteilung. Die Piraten mit staatlichem Freibrief wie Sir Francis Drake plünderten die spanischen Schiffe, die das Gold und Silber aus Amerika holten und lieferten zu hause soviel ab, dass Königin Elisabeth I. ihnen freie Hand ließ.

Als die Spanier genug davon hatten, schickte 1588 König Philipp II. die Armada, die damals größte Flotte der Welt gegen England, um Elisabeth I. zu stürzen und die Piraterie zu unterbinden. Es war jedoch zu spät. Die britischen Seeräuber hatten schnellere und wendigere Schiffe entwickelt. Diese statteten sie mit weniger Kanonen und Besatzung aus, dafür hatten die Kanonen

¹ Beim Zensuswahlrecht ist das aktive und passive Wahlrecht an die Höhe der Steuerzahlungen gebunden - teilweise gab es je nach Steuerzahlung auch unterschiedliche Anzahl von Stimmen, wie bei einer Aktiengesellschaft. So war es in Preußen.

aber eine größere Reichweite. Die Versuche der Spanier, mit ihren großen Besatzungen britische Schiffe zu entern, liefen daher ins Leere. Nachdem die spanische Armada vor England durch Stürme dezimiert und der Rest durch die Engländer weitgehend zerstört worden war, begannen die Engländer nach und nach auch gegen die überlegenen Niederländer aufzumucken. Und nach mehreren Bürgerkriegen entstand im 17. Jahrhundert auch in England eine Prädemokratie, die von einem Bündnis von reichen Kaufleuten und Adligen beherrscht wurde – die erste konstitutionelle Monarchie.

Fazit 3: Es waren vor allem Seefahrer und Kaufleute, die immer wieder mehr oder weniger oligarchisch-demokratische Formen gegen die Alleinherrschaft von Königen und Kaisern durchgesetzt haben.

Der lange Weg zur Demokratie

Der Aufstieg der Kaufleute – zunächst in den freien Städten, dann in den Niederlanden und in England – hatte eine erstaunliche Wirkung: Es brachte beginnend in den Bürgerstädten in Italien und Mitteleuropa die dritte Revolution in Technik und Wissen hervor²: Die Revolution der Seefahrt, die Revolution der Kriegsführung, die Druckpresse als Auslöser einer Wissensexplosion und schließlich die Nutzung der gespeicherten Energien Kohle und Öl, das waren die Meilensteine. Als die Kaufleute damit begannen, gezielt Waren für den Handel produzieren zu lassen und darauf im 18. Jahrhundert immer mehr Menschen begannen, vom Land in die Städte zu strömen, entstand eine neue Klasse, die Arbeiterschaft. Damit begann das Gleichgewicht der Agrarstaaten zu kippen.

Dies war der Hintergrund, vor dem im 17. und 18. Jahrhundert Philosophen darüber nachdachten, was eigentlich der Staat sei und wie eine gute Regierung aussehen sollte. Montesquieu entwickelte die Theorie der Gewaltenteilung.^{xviii} Damals ging es ihm noch um die Teilung der Macht zwischen dem von Gott eingesetzten König und dem von reichen Bürgern gewählten Parlament. Der König sollte die Regierung einsetzen – die Exekutive – und das Parlament – die Legislative – sollte die Regeln dafür machen – die Gesetze –, denn schließlich zahlten die reichen Bürger Steu-

² Die erste Revolution war der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht. Die zweite Revolution war verbunden mit der Entstehung der Städte und Staaten und brachte Metallverarbeitung, Rad und Wagen und vieles mehr – siehe oben.

ern. Eine unabhängige Justiz - die Judikative – sollte darüber wachen, dass die Gesetze eingehalten werden. Ganz anders klang es dann bei Rousseau: Er setzte 1762 anstelle der göttlichen Ordnung den Gesellschaftsvertrag^{xviii}, den die Bürger frei miteinander vereinbarten (volonté generale). Gott und König kamen da nicht mehr vor.

In größerem Stil realisiert wurden diese Ideen erstmals, als 1776 dreizehn britische Kolonien die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten. Von einer Demokratie im heutigen Sinne konnte jedoch immer noch nicht die Rede sein. Damals bestand die USA aus drei Teilen: Die oligarchisch regierten Handelsstädte an der Ostküste, in denen Großgrundbesitzer, Kaufleute und bald auch Fabrikanten dominierten, die Sklavenhaltergesellschaft der Südstaaten und drittens das weite Siedlerland mit freien Bauern im Westen. Nicht einmal zehn Prozent der Bevölkerung besaßen anfangs das Wahlrecht. Denn Wählen durfte nur die weiße männliche Oberschicht, also Kaufleute und Landbesitzer. Nicht wahlberechtigt waren die schwarzen Sklaven (ein Sechstel der Bevölkerung), die Indianer (damals wohl noch ein Zehntel), die Dienstboten und andere abhängig Beschäftigte und Bettler ohne Land und Besitz und alle Frauen.^{xix} Es sollte dann noch 190 Jahre dauern, bis 1966 das gleiche Wahlrecht für Schwarze in allen US-Staaten durchgesetzt wurde.

Die erste Demokratie, in der die Gleichheit der Menschen (besser gesagt der Männer) proklamiert wurde, war dann überraschenderweise Frankreich. Paris war die zweitgrößte Stadt in Europa nach London – ein brodelndes Fass. Auslöser des Aufstandes waren eine Hungersnot im Lande und die kompromisslose Haltung des Adels, der trotz drohender Staatspleite keine Steuern zahlen wollte. So kam es zu einem Bündnis zwischen dem neu entstandenen Bürgertum, dem ländlichen Klerus, den Bauern und den städtischen Armen.

Aber auch in Frankreich waren nach der ersten Verfassung von 1791 nur 15 Prozent der Männer wahlberechtigt. Frauenvereine, die das Wahlrecht forderten, wurden von Robbespiere verboten. Die Schriftstellerin Olympe de Gouges wurde durch die Guillotine hingerichtet. Sie hatte öffentlich die Verfassung kritisiert, da die Menschenrechte (wörtlich „droits de l’homme“ was man auch mit „Mannesrechte“ übersetzen kann) nur für Männer galten. Die zweite (die jakobinische) Verfassung von 1793 mit allgemeinem Wahlrecht der Männer trat dagegen nie in Kraft. Sowieso war die Demokratie nur eine kurze Episode. Denn als Frankreich angegriffen wurde, übernahm bald ein General die Macht und ließ sich zum Kaiser Napoleon krönen. Aber die Erklärung der

Menschenrechte war ein Fanal, das in den folgenden zwei Jahrhunderten den gesamten Erdball aufrütteln sollte.

Die wechselnden Bündnisse des Bürgertums

Das folgende 19. Jahrhundert war dann geprägt von der Industrialisierung, dem rapiden Wachstum der Städte und der Arbeiterklasse und dem schnell wachsenden Reichtum der neuen bürgerlichen Klasse. Letztere jonglierten stets zwischen zwei Polen. Sie lehnten eine autoritäre Herrschaft ab, die ihren Besitz gefährdete, sie hatten aber auch Angst vor der Straße, den Arbeitern und den Bauern.

Es geschah dann in der Schweiz, wo sich das Bürgertum der Städte mit den Bergbauern verbündete und 1848 die erste moderne Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht (aber nur für die Männer) gründete. Der Auslöser dafür war die Eroberung der Schweiz durch Napoleon gewesen – die einzige und traumatische Unterjochung der bislang weitgehend unabhängigen Kantone.³ Die Wahlbeteiligung lag anfangs trotz allgemeinem Wahlrecht nur bei 10 Prozent, so dass die Liberalen stets gewannen. Als aber in den Arbeitervierteln von Zürich 1857 eine Choleraepidemie ausbrach, kam es zur Krise und zum Anschwellen einer demokratischen Bewegung. Die Folge war die Einführung der Direkten Demokratie zunächst in Zürich – und dann bis 1891 in mehreren Schritten auch in der Bundesverfassung.

Anders war die Entwicklung in Deutschland. Während in Preußen, wie in fast allen europäischen Staaten, soweit sie überhaupt Wahlen zuließen, bis 1918 das Zensuswahlrecht galt, ließ Bismarck im norddeutschen Bund das allgemeine Wahlrecht zu. Nicht weil er mehr Demokratie wollte, sondern weil er auf den Einfluss des Adels auf die gottesfürchtige Landbevölkerung setzte und hoffte, so die Liberalen zu stoppen. In Frankreich wechselte die Revolution mit der Gegenrevolution mehrfach ab. Auch Napoleon III. gelang es zeitweilig, die Landbevölkerung gegen die Städte zu mobilisieren. In den USA führte 1828 das Anwachsen der Zahl der freien Bauern zur Wahl des ersten kleinbürgerlichen Präsidenten Jackson, der endlich das Wahlrecht der weißen Arbeiter

³ Formal unterstanden die Kantone und Städte keinem Fürsten, sondern direkt dem Kaiser, was faktisch bedeutet, dass sie unabhängige Staaten waren.

und Dienstboten durchsetzte. So kam es zum Bündnis von Liberalen und weißen Arbeitern, was 20 Jahre später zum Bürgerkrieg und zur Abschaffung der Sklaverei führte.

Der größte Schub in Richtung Demokratie erfolgte jedoch erst durch die beiden Weltkriege. Die Arbeiter, die als Soldaten gebraucht wurden und die Frauen, die anstelle der Männer nun in den Fabriken arbeiten mussten, ließen sich danach nicht mehr abspeisen. Am längsten mussten die Frauen warten. Im einstmalig revolutionären Frankreich durften sie 1945 zum ersten Mal wählen, im Schweizer Kanton Appenzell dauerte es sogar bis 1990.

Richtig stabil wurde die Demokratie sowieso erst nach dem zweiten Weltkrieg. Die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatten eine historisch einmalige Umverteilung des Reichtums zur Folge. Noch 1914 gehörte in fast allen Staaten Europas der gesamte Besitz der Gesellschaft einer Minderheit von 10 Prozent. Über Zwei Drittel davon gehörten einer kleinen Klasse von Industriellen und adligen Landbesitzern, die nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise vernichteten weltweit Vermögen und trieben zugleich die Steuern auf ein noch nie dagewesenes Niveau. In den USA lag der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer bis 1963 noch bei unglaublichen 91 Prozent und bei der Erbschaftssteuer bei 77 Prozent.^{xx} Ähnlich war es in Großbritannien. In Deutschland wurden im Rahmen des Lastenausgleichs alle großen Vermögen mit einer Abgabe von 50 Prozent belegt.

Die Folge war eine Umverteilung von oben nach unten. Die wachsende Kaufkraft der breiten Bevölkerung initiierte wachsenden Wohlstand und die Entstehung einer neuen Mittelklasse. Besaßen die oberen zehn Prozent der Gesellschaft vor dem ersten Weltkrieg noch neunzig Prozent des Reichtums, so sank diese Zahl bis 1970 auf nur noch vierzig Prozent.^{xxi} Und es entstand eine Mittelschicht aus Facharbeitern, Angestellten, Beamten und kleinen Selbständigen, auf die über die Hälfte des Vermögens entfiel. Auch die untere Hälfte der Gesellschaft lebte zum ersten Mal in der Geschichte überwiegend in einem relativen Komfort: Sie hatten genug zu essen, eine eigene Wohnung und im Winter genug zu heizen, es gab eine allgemeine Krankenversorgung für alle und eine Rente oberhalb des Elendsniveaus.

Fazit 4: Es war also nicht das Wählen an sich, sondern der relative Wohlstand der Mittel- und Unterschichten, der der Demokratie endlich eine solide Basis verschaffte. Es ist daher nicht über-

raschend, dass heute angesichts der wachsenden sozialen Spaltung die Demokratie wieder in Frage gestellt wird.

Mittelschichten und das überschüssige Bewusstsein

Entscheidend scheint mir an dieser historischen Betrachtung, dass die Durchsetzung der Demokratie nicht allein von den armen unterdrückten Schichten abhängt, denn die gab es seit 5000 Jahren überall auf der Welt. Die Mächtigen und Reichen kamen ja zu allen Zeiten mit Diktaturen und Monarchien gut zurecht. Aber der Mittelstand braucht eine faire, gerechte Ordnung, die ihn vor Übergriffen der Mächtigen schützt. Schon Aristoteles war der Meinung, dass es am besten für eine stabile und gemeinwohlorientierte politische Ordnung sei, wenn es nur wenig Reiche und wenig Arme gibt, dafür aber eine breite Mittelschicht von Bürgern, die ein kleineres Vermögen besitzen.^{xxii}

Fehlt diese Mittelschicht, dann ist die Gesellschaft immer wieder anfällig für autoritäre Strukturen. Denn ist ein Aufstieg in der Gesellschaft nicht durch eigene Anstrengung möglich, sondern nur als Gefolgsmann der Mächtigen und Reichen. Diese Problematik hat zum Beispiel über lange Zeit die politische Entwicklung in Lateinamerika geprägt. Dort stand die Masse der armen Indios, der Schwarzen und Mischlinge einer kleinen herrschenden weißen Grundbesitzerschicht gegenüber. Ergebnis war eine Folge von Revolutionen, linkspopulistischen Autokraten und periodischen Putschen von Militär und Großgrundbesitzern. Erst mit der Herausbildung von stärkeren städtischen Mittelschichten scheint sich das langsam zu ändern.

Ein anderes Beispiel sind die Ölstaaten und andere Länder, deren Ökonomie vom Export weniger Rohstoffe abhängt. Die Milliarden aus dem Rohstoffverkauf können leicht von einer kleinen herrschenden Klasse monopolisiert werden. Die Rohstoffexporte führen meist zu erhöhten Wechselkursen, die Importe erleichtern. Das verhindert eine konkurrenzfähige eigene Produktion und damit die Entstehung einer selbstbewussten Mittelschicht (man spricht vom Ressourcenfluch). Deshalb dominieren dort oft die Rohstoffoligopole mit ihren Beschäftigten und ihrem Anhang. So ist es kein Wunder, dass die Ölstaaten oder auch Länder wie Russland oder Nigeria starke autoritäre Tendenzen bzw. instabile Demokratien haben oder sogar von Magnaten wie den „Ölscheich-Familien“ autokratisch beherrscht werden.

Warum es trotzdem in allen modernen Gesellschaften starke demokratische Tendenzen gibt, hatte der DDR-Regime-Kritiker Rudolf Bahro mit seiner These vom „überschüssigen Bewusstsein“ zu erklären versucht:^{xxiii} Die wachsende Zahl der gut ausgebildeten Intellektuellen wurde in der DDR daran gehindert, ihre Fähigkeiten für die Gesellschaft einzusetzen. Die herrschende Partei lähmte jedes kreative Engagement. Die Intellektuellen flüchteten sich ins Privatleben, ihr Wissen blieb ungenutzt. Dieses „überschüssige Bewusstsein“ der intellektuellen Mittelschicht sprengte schließlich das System. Das gleiche Phänomen beobachtet Felix Lee, der China-Korrespondent der Tageszeitung, jetzt in China: Die jungen Menschen mit mehr Bildung werden immer kritischer, obwohl es ihnen besser geht. „In der Mitte der Gesellschaft wächst (...) die Unzufriedenheit.“^{xxiv}

Diese Analyse scheint plausibel und lässt hoffen. Denn an Bildung kommt keine Regierung mehr vorbei – es sei denn, sie will ihr Land bewusst von der modernen Entwicklung abkoppeln wie die Taliban in Afghanistan. So wächst fast überall auf der Welt die besser ausgebildete Mittelschicht und mit ihr das Streben und der Druck nach mehr Demokratie. Wer die Demokratie auf Dauer verhindern will, muss die Schulen zerstören. Insofern sind die Taliban konsequent.

Das Ende des Kapitalismus und die Krise der Demokratie

Und doch müssen wir wachsam sein. Seit den achtziger Jahren wächst weltweit wieder die Ungleichheit. Die Ursache sind die Grenzen des Wachstums. Die Ölkrise in den siebziger Jahren war ein Fanal: Das exponentielle Wachstum der letzten 300 Jahre stieß erstmals an ökologische, geologische und ökonomische Grenzen. Als die enormen Wachstumsraten der Nachkriegszeit sanken und die Arbeitslosigkeit wieder stieg, versprachen neoliberale Ökonomen, durch Senkung der Steuern und Deregulierung der Märkte das Wachstum wieder in Gang zu bringen. In den USA und in Großbritannien kamen Ronald Reagan und Margaret Thatcher mit dem Versprechen von radikalen Steuersenkungen an die Macht. Seitdem geht die Schere zwischen Arm und Reich wieder auseinander. Der Anteil der oberen zehn Prozent am Vermögen in Deutschland ist wieder von 40 auf 70 Prozent gewachsen, der Anteil der Mittelschicht (also der folgenden 40 Prozent der Gesellschaft) sank von 60 auf 30 Prozent.^{xxv}

Doch die Strategie der neoliberalen Ökonomen scheiterte. Seitdem mussten wir erkennen: Die Erde – die Ackerflächen, die Rohstoffe, die Belastbarkeit der Natur, der Meere und der Atmo-

sphäre – ist endlich. Damit stellt sich der wachsende Kapitalismus der letzten dreihundert Jahre als Übergangsphänomen heraus. Die Gesellschaft von Morgen erfordert ein neues Gleichgewicht zwischen Mensch, Natur und Globus. Wir stehen vor einer grundlegenden Transformation.^{xxvi} Entweder es gelingt uns rechtzeitig, Wirtschaft und Lebensstil den Grenzen anzupassen und einen guten Übergang zu gestalten – oder der Übergang erfolgt chaotisch durch Wirtschaftskrisen, Hungersnöte und Bürgerkriege.

Tatsächlich hat die Metamorphose hin zur Weltgesellschaft bereits begonnen.^{xxvii} Die Versuche der nationalen Politiker, auf diese Entwicklungen angemessen zu reagieren, scheitern oft im Konflikt mit globalen Finanzmärkten und Konzernen – aber auch an der Angst ihrer Wähler vor Veränderungen. Dem daraus resultierenden Vertrauensverlust versuchen Politiker durch Populismus und Nationalismus zu begegnen. Aber das bietet keine Lösung. Wenn die Demokratie nicht unter die Räder geraten soll, muss das Vertrauen zwischen Politik und Menschen auf eine neue Basis gestellt werden.

Die Gründe des Populismus

Als Donald Trump gewählt wurde, erklärte Cem Özdemir, Bundesvorsitzender der Grünen, nun müsste der Populismus entschiedener bekämpft werden. Diese Aussage klingt logisch. Aber leider ist sie genauso trivial wie die Forderung nach einer Überschwemmung, nun müsse das Wasser bekämpft werden. Dabei stellt sich doch die Frage, wo das Wasser her kommt. Oder: Warum sind Nasarbajew, Putin, Erdogan und Trump für manche Menschen attraktiver als Merkel und Hollande, oder sogar als Özdemir und Sarah Wagenknecht?

Donald Trump beleidigt Frauen, Muslime, Latinos usw. Und er wurde trotzdem von einem beträchtlichen Teil der Frauen, Muslimen und Latinos gewählt – denn die weißen christlichen Männer stellen nur 20% der Wähler der USA. Trump soll gesagt haben, dass er auf offener Straße jemanden erschießen könne, er würde trotzdem gewählt, das würde seiner Popularität keinen Abbruch tun.^{xxviii} Warum also wurde er gewählt? Die Antwort ist einfach: Es gibt viele Menschen, die das Gefühl haben, dass die Demokraten – die politisch Korrekten, die Gebildeten, die Toleranten, die mit der geschliffenen Sprache – sie verraten haben.

Das Problem wird dadurch verstärkt, dass viele, die sich nicht mehr vertreten fühlen, nicht mehr zur Wahl gehen. Bei der letzten Kommunalwahl in unserer schleswig-holsteinischen Landes-

hauptstadt Kiel lag die Wahlbeteiligung in einem Wahlbezirk im sozial schwächsten Stadtteil Garden-Süd bei nur 17 Prozent, dagegen im reichsten Stadtteil Düsternbrook bei 73 Prozent. Da diese Wählerschichten nicht zur Wahl gehen, lohnt es sich für die Politik auch nicht, sich für sie einzusetzen. Das ist ein Teufelskreis. Wenn sie dann doch hingehen, weil jemand ordentlich auf die Pauke haut, dann sind alle entsetzt.

Auch repräsentieren die Abgeordneten im Parlament keineswegs den Schnitt der Bevölkerung. Es dominiert die gebildete, studierte obere Mittelschicht in allen Parteien. Auch wenn das schon immer so war, so verstärkt es heute das Misstrauen und die Distanz zwischen Wählern und Gewählten und macht es Demagogen leichter, die Gewählten pauschal als korrupte Karrieristen zu denunzieren.

Wir müssen deshalb verstehen: Demokratie war nie nur zur Wahl gehen und Abstimmen. Es war immer auch das Versprechen von Gerechtigkeit. Wenn die Menschen das Gefühl haben, sie werden abgehängt, die Regierung kümmert sich nicht um sie, dann wählen sie die Opposition. Wenn sie das Gefühl haben, es ist egal, wen sie wählen, dann gehen sie nicht mehr zur Wahl. Wenn sie aber das Gefühl haben, es wird immer schlimmer, dann ist ihnen irgendwann alles egal. Und dann wählt ein Teil dieser Menschen die Populisten, die politisch Unkorrekten, die mit der Faust den Tisch hauen und gegen die politische Klasse wettern.

Gefährlich wird es aber, wenn die Mittelschichten Angst bekommen vor dem Abstieg und sich radikalieren. Analysen zeigen, dass es nicht nur die Unterschichten waren, die Trump den entscheidenden Schub brachten, sondern die immer höher verschuldete weiße Mittelschicht, die von Abstiegsängsten geplagt ist. Das entspricht unserer Analyse: Die Mittelschicht ist entscheidend. Wenn sich Teile der Mittelschichten von der Demokratie abwenden und Teile der enttäuschten Unterschichten mit sich reißen, wird es gefährlich.

Bausteine für die Demokratie von morgen

Heute steht die Demokratie dazu vor völlig neuen Herausforderungen: Durch immer größere internationale Konzerne und Banken, durch die hoch monopolisierten digitalen Medien und das Ende des Wachstums verändern sich die Rahmenbedingungen für den demokratischen Diskurs. Für diese neuen Herausforderungen muss die Demokratie erneuert und ertüchtigt werden. Die

Konzepte der Gewaltenteilung und des Parlamentarismus des 18. und 19. Jahrhunderts müssen überdacht und weiterentwickelt werden, damit die Demokratie dem gewachsen sein kann.

Es reicht dabei nicht, die Institutionen der Demokratie so zu ändern, dass die Menschen sich besser verstanden und besser regiert fühlen. Es kommt vielmehr auch darauf an, sie so zu ändern, dass mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit tatsächlich möglich wird. Die Erosion der Mittelschicht und das Abhängen der Unterschicht in vielen wohlhabenden Ländern, auch in Deutschland, muss beendet werden. Und das wiederum wird nur erreicht werden, wenn man die Menschen wieder besser in die Politik einbezieht. Der Teufelskreis „Wachsende Ungleichheit – Resignation – Wahlenthaltung – Politik nur für die Bessergestellten“ muss durchbrochen werden.

Im Folgenden habe ich einige Vorschläge zusammengestellt, die dazu beitragen können, eine grundlegende Reform der Demokratie möglich zu machen. Sie sollten nicht als fertiges Konzept verstanden werden, sondern eher als ein Baukasten, als Anregung für einen Diskurs über eine Weiterentwicklung der Demokratie, eine Demokratie von Morgen:

1. Baustein: Die Kommune – die Demokratie für Jedermann

So erstaunlich es klingt: Am stabilsten gegen die Wirkungen der Globalisierung und die Folgen der Finanzkrisen erwiesen sich nicht starke zentralistisch organisierte Staaten, sondern dezentrale Gesellschaften wie die Schweiz oder Dänemark. In diesen Ländern werden nahezu zwei Drittel der Ausgaben des Staates von den Kommunen getätigt und verantwortet.

Dies ist sicher ein wesentlicher Grund dafür, dass die Menschen dort mehr Vertrauen in Politik und Regierung haben anderswo.^{xxix} Denn die meisten Menschen können sich nur vor Ort in den Kommunen und Regionen selbst in die Demokratie einbringen. Deshalb sind dezentral organisierte Staaten erstaunlich attraktiv und erfolgreich bei der Lösung von sozialen Fragen und Umweltproblemen. Eine Verlagerung von Finanzmitteln und Kompetenzen nach unten könnte daher einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Handlungsfähigkeit einer Demokratie leisten. Je mehr Entscheidungen vor Ort angesiedelt sind, je offener die örtlichen Verantwortlichen alle Bürger einbeziehen, um so mehr werden sich die Menschen mit der Demokratie identifizieren.

Konsequente Dezentralisierung kann aber nur gelingen, wenn sie auf einem solidarischen Pakt zwischen reicheren und ärmeren Städten, Regionen und Staaten basiert. Die Grundlage dafür muss ein systematischer Finanzausgleich zwischen den Kommunen und Regionen sein.

2. Baustein: Die direkte Demokratie – ein Schutzwall gegen den Populismus

Der Philosoph und Nobelpreisträger für Gemeinwohlökonomie Amartya Sen hat immer betont, dass für eine Demokratie nicht Wahlen das entscheidende Kriterium sind, sondern vor allem der freie offene Diskurs. Direkte Demokratie und andere Formen der Bürgerbeteiligung stärken das Vertrauen ins politische System und verhindern, dass sich politische Eliten zu weit von ihren Wählern abkoppeln. Nicht Personen stehen dann im Mittelpunkt der Debatten, sondern Sachfragen. So wird die direkte Demokratie zu einer starken Waffe gegen Populismus. Damit das gelingt, sind gute Regeln, Sicherung der Menschenrechte und ein wirksamer Minderheitenschutz erforderlich.

Direkte Demokratie ist keine Alternative zum Parlamentarismus. Sie kann vielmehr eine sinnvolle Ergänzung sein, die das Regieren sogar erleichtert, die Arbeit der Parlamente und Parteien grundlegend verändert und zum Motor der Veränderung werden. Dazu sollte sie so konstruiert werden, dass die Bürger – der Souverän – vor allem über Grundsatzfragen abstimmen, zum Beispiel über eine einheitliche Bürgerversicherung für alle. Die komplexen Detailfragen der Umsetzung können und sollten hingegen den gewählten Parlamenten überlassen werden.

3. Baustein: Gewaltenteilung weitergedacht

Das Konzept der drei Gewalten von Montesquieu stammt aus einer Zeit, als das Bürgertum sich gegen Kaiser oder König zu behaupten versuchte. Heute stellen sich der Demokratie andere Probleme: Staatliche oder private Medienmonopole dominieren in vielen Staaten die öffentlichen Debatten. Sogenannte soziale Netzwerke werden teilweise zum dominierenden Informationsmedium und untergraben den demokratischen Diskurs. Internationale Konzerne bestimmen allein auf Grund der Größe ihrer Investitionen und der Zahl der Arbeitsplätze den politischen Kurs und verhindern die Durchsetzung von Umweltvorschriften. Banken und Investmentfonds übertreffen mit ihrem Umsatz das Bruttoinlandsprodukt vieler Staaten, erpressen Regierungen zu Milliarden schweren Rettungspaketen auf Kosten der Steuerzahler oder erzwingen Privatisierung und Deregulierung.

Tatsächlich sind die Demokratien längst über die klassische Gewaltenteilung hinausgewachsen – ohne dass dies gründlich reflektiert wurde. Unabhängige Rechnungshöfe, Zentralbanken, internationale Vereinbarungen und Kontrollgremien für öffentliche Medien sind Beispiele für die Her-

ausbildung von neuen Gewalten. Aus diesen Erfahrungen heraus resultiert die Idee einer Weiterentwicklung der Gewaltenteilung:

1. Gewalt: Die „**Konstitutive**“ ist der Souverän selbst – also das Volk. Sie wird in Form der direkten Demokratie praktiziert. Grundlegende Entscheidungen/Weichenstellungen sollte daher der Souverän – also wir alle – in Form von Volksentscheiden selber treffen. Sie werden als einklagbare Ziele in die Verfassung geschrieben, zum Beispiel eine angestrebte Einkommensverteilung oder (wie in der Schweiz) das Neutralitätsgebot, die Grundrente für alle, der Tierschutz und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

Die drei **alten Gewalten** nach Montesquieu – die Legislative, Exekutive und Judikative – werden neu gefasst:

2. Gewalt: Die „**Legislative**“, das gewählten Parlament, ist für die Umsetzung der Ziele der Verfassung in komplexe Regeln/Gesetze zuständig. Sie könnte aus drei Kammern bestehen:

a) Die erste Kammer bildet der vom Volk gewählte Bundestag.

b) Die zweite Kammer bildet der **Senat der Regionen**, der an die Stelle des heutigen Bundesrates tritt. Im Unterschied zum heutigen Verfahren sollen die Senatoren nicht mehr von den Landesregierungen besetzt werden, sondern werden von den Regionen in direkter Wahl gewählt. Dadurch wird die Vermischung von Exekutive und Legislative vermieden und gewährleistet, dass die Senatoren sich nicht nur als Vertreter ihrer Regierung, sondern von Allgemeininteressen ihrer Region verstehen.

c) Als dritte Kammer könnte neben Bundestag und Senat eine **Vetokammer** treten. Sie soll jedoch nicht gewählt, sondern jährlich nach einem Verfahren ausgelost werden, das eine repräsentative Vertretung aller Bevölkerungsschichten gewährleistet (siehe unter Vorschlag 4). Eine solche dritte Kammer könnte wichtige Gesetze prüfen und ggf. ein Veto einlegen. Sie könnte auch bei Volksentscheiden eine dritte Alternative vorlegen.

3. Gewalt: Eine Weiterentwicklung der Gewaltenteilung erfordert auch eine Neubestimmung der „**Exekutive**“. Präsidialsysteme wie in den USA, Frankreich oder Russland haben sich immer wieder als für Populismus anfällig erwiesen. Parlamentssysteme wie in Deutschland leiden dagegen unter dem mitunter unproduktiven Ritual von Regierung und Opposition. Deshalb sollte an die Stelle der Regierung ein Verwaltungsrat – analog dem Schweizer Konkordanzsystem (ähnlich

auch die frühere Magistratsverfassung der norddeutschen Städte) – treten. In diesem sind alle Parteien proportional zu ihrer Stärke vertreten. Dann gibt es keine Mehrheitsregierung mehr, die die Politik vorgibt, sondern eine Verwaltung, die die Gesetze ausführt. Dieses Verfahren befreit die Politik von ihren Ritualen. Bei den Wahlen werden dann Personen und Parteiprogramme ins Parlament gewählt – aber es wird keine Regierung gewählt. Die Dramatik der Demokratie wird dann vor allem auf Sachentscheidungen im Rahmen von Volksabstimmungen verlagert.

Dies führt zwangsläufig auch zu einer grundlegenden Veränderung der Parteien. Denn die Parteien stehen nicht mehr unter dem Zwang, eine Regierung bilden zu müssen und dazu Koalitionen einzugehen. So müssen sie nicht mehr vorrangig Macht organisieren, sondern können sich darauf konzentrieren, Ideen zu erarbeiten, zu diskutieren und für diese im Parlament und in der Öffentlichkeit zu werben.

4. Gewalt: Die „**Judikative**“ (die Richter) wacht über die Einhaltung der Regeln und kontrolliert damit auch alle anderen Gewalten. Die Richter sollten künftig durch Wahlgremien in einem konsensualen Auswahlverfahren bestimmt werden (siehe Vorschlag 4).

Drei **neue Gewalten** sollten für die Aufgaben geschaffen werden, bei denen die gewählten Regierungen heute in Interessenkonflikte geraten können und durch öffentlichen Druck erpressbar sind:

5. Gewalt: Die „**Publikative**“ (Medienrat) sollte unabhängig und plural durch Interessenverbände (z. B. Gewerkschaften, Naturschutzverbände, Kirchen, Wirtschaftsverbände, Wissenschaftsvertreter, Journalistenverbände usw.) besetzt werden. Sie sollte über die Medienvielfalt und die Unabhängigkeit der Medien wachen und starke Eingreifbefugnisse bekommen. Wichtig ist daher, jeden Regierungseinfluss bei der Bestellung des Gremiums auszuschalten. Denn jedes Eingreifen der Politik in die Medien wäre stets dem Verdacht ausgesetzt, sie wolle eine bessere Berichterstattung für die Regierung erzwingen. Als zweite Aufgabe sollte der Medienrat auch über die öffentlich-rechtlichen Medien wachen.

6. Gewalt: Die „**Regulative**“ (das Kartell- und Regulierungsamt) bekommt die Aufgabe, die Wirtschaft in eine gemeinwohlorientierte marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung zu lenken. Die Aufsichtsräte der Firmen sollen künftig nicht nur der Gewinnmaximierung, sondern auch dem Gemeinwohl verpflichtet werden. Dazu sollte der Einfluss der Beschäftigten und der Vertre-

ter öffentlicher Interessen im Aufsichtsrat um so größer gestaltet werden, je größer das Unternehmen ist. Weltkonzerne dürfen nicht mehr durch die Kapitalgeber politisch gesteuert werden.

Die Aufgabe der Regulative sollte es weiterhin sein, die Bildung von Oligopolen und Monopolen zu verhindern – ggf. auch durch die Zerlegung von Firmen. Diese Aufgaben kann nur ein Gremium wahrnehmen, das nicht wie die Regierung heute durch große Konzerne politisch erpresst werden kann.

7. Gewalt: Auch die „**Monetative**“, die die Zentralbank steuern und Banken und Finanzmärkte regulieren soll, muss regierungsunabhängig sein. Nur dann kann sie in der Krise Geld drucken, der Regierung Investitionsmittel zuweisen oder gar die Nachfrage der Bevölkerung direkt ankurbeln oder wenn nötig die Zinsen erhöhen, ohne dass der Regierung der Vorwurf gemacht wird, dies im eigenen Interesse zu tun.

4. Baustein: Wahlsysteme, die unabhängige Persönlichkeiten stärken

In Zeiten sekundenaktueller Medien wird Politik immer kakaphonischer und anfälliger für Lobbyeinflüsse und Mediendruck. Zugleich werden die Bürger immer mehr zu Hobbypolitikern, die alles besser wissen. Deshalb brauchen wir die Rückkopplung der Politik an die Konstitutive, die erste Gewalt, also die Wähler durch die direkte Demokratie.

Repräsentative Demokratie ist dagegen immer die Delegation von Macht an eine spezialisierte politische Elite. Deswegen brauchen wir für das Parlament, die zweite Gewalt, geeignete Wahl- bzw. Auswahlverfahren, die den Bürgern viel Einfluss geben und zugleich Persönlichkeiten fördern, denen Menschen vertrauen. Die weiteren unabhängigen Gewalten sollten nach geeigneten Auswahlverfahren bestimmt werden, die ihrem Verfassungsauftrag jeweils entsprechen.

Zum Parlament: Reine Mehrheitswahlen wie in Großbritannien und den USA haben den großen Nachteil, dass über die Hälfte der Stimmen – insbesondere die für kleine Parteien – verloren gehen und nicht selten Mehrheiten entstehen, die gar nicht die Mehrheit der Bevölkerung repräsentieren. Verhältniswahlen dagegen stärken vor allem die Parteien und fördern Funktionäre, die gut vernetzt sind. Leider hat auch das deutsche Wahlsystem genau diese Wirkung, da die Erststimme – die Persönlichkeitsstimme – praktisch kaum Auswirkungen hat.

Gute Beispiele für Wahlsysteme, die beide Nachteile vermeiden, sind Persönlichkeitswahlen mit Verhältnisausgleich, wie man sie neben der Schweiz auch in so unterschiedlichen Ländern wie Irland, Norwegen, Bayern und Nicaragua findet. Dort findet Personenwahl in Mehrpersonenwahlkreisen statt. So werden Persönlichkeiten bevorzugt. So wird eine stärkere Verbindung zwischen Wählern und Gewählten hergestellt. Aber auch Kandidaten kleinerer Parteien haben - anders als in den USA oder Großbritannien - eine Chance, gewählt zu werden. Und durch einen Verhältnisausgleich, wie er neuerdings zum Beispiel in der Schweiz durch das Pukelsheimsystem durchgeführt wird, haben alle Stimmen eine Wirkung. Keine Stimme geht verloren.

Ein solches Wahlsystem kann daher ein weiterer wichtiger Beitrag dazu sein, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Anders als das Parlament sollte der Senat der Regionen (siehe unter 3) durch die Direktwahl der Senatoren gewählt werden, damit sie Vertreter der Region als Ganzes und nicht vorrangig einer Partei sind. Diese Wahl könnte wie beim US-Senat umschichtig erfolgen (alle zwei Jahre wird ein Drittel der Senatoren gewählt).

Für die Veto-Kammer, die eine Rückbindung an den „einfachen Menschen“ gewährleisten soll, bietet sich ein Losverfahren an. Durch eine geeignete Vorauswahl von Kandidaten kann gewährleistet werden, dass eine repräsentative Zusammensetzung nach Alter, Herkunft, Beruf, Familienstand, Ausbildung und anderen Kriterien gewährleistet wird. Um die Kontinuität zu gewährleisten, könnten jeweils ein Drittel der Kammer für drei Jahre neu ausgelost werden. Mit gelosten Gremien wurden schon mehrfach überraschen gute Erfahrungen gemacht.^{xxx} Da sie nicht wiedergewählt werden können, sind sie kaum durch Lobby-Einflüsse zu beeindrucken.

Für die weiteren spezialisierten Gewalten (Judikative, Regulative, Monetative - aber nicht die Publikative - siehe dazu unter 3) bieten sich indirekte Wahlen durch Wahlgremien an, wie sie in unterschiedlicher Form für die Auswahl von Richtern und anderen Gremien bereits praktiziert werden. Sie führen regelmäßig zu einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung. Eine Direktwahl der weiteren Gewalten, wie teilweise in den USA praktiziert, scheint nicht sinnvoll. In den USA führt dies zu einer massiven Politisierung bei der Wahl von Polizeipräsidenten, Generalstaatsanwälten und Richtern, die das Vertrauen nicht erhöht.

Sinnvoll ist es, dass die jeweiligen Wahlperioden viel länger als die des Parlamentes sind. Auch sollten die Mitglieder einzeln immer dann gewählt werden, wenn eines ausscheidet. Die Mitglieder der Wahlgremien sollten zwar proportional von den Parteien des Parlaments vorgeschlagen werden – sie sollten aber jeweils einen Zweidrittel-Konsens für die Benennung benötigen. Ein solches Verfahren stärkt konsensual akzeptierte Kandidaten und eliminiert polarisierende Persönlichkeiten.

Die eigentliche Wahl der Richter und der Mitglieder der Regulative und der Monetative sollte dann sogar mit Drei-Viertel-Votum im Wahlgremium erfolgen. Ein ähnliches Verfahren wurde zum Beispiel historisch bei der Dogenwahl in Venedig praktiziert, um zu verhindern, dass sich eine Richtung kompromisslos durchsetzt und die Akzeptanz der Entscheidungen darunter leidet.

5. Baustein: Gerechtigkeit stärken

Die zukünftige Demokratie braucht ein Verfahren, das gewährleistet, dass das Urversprechen der Demokratie – die Gerechtigkeit – schrittweise verwirklicht wird. Denn die Konzentration von immer größeren Vermögen bei wenigen transnationalen Konzernen, Investmentfonds und einer neuen Klasse von Superreichen gefährdet die Demokratie in ihrem Kern.

Um dies zu gewährleisten, sollten die Ziele des Steuersystems einklagbar in die Verfassung aufgenommen werden: Erstens eine allgemein akzeptierte Einkommens- und Vermögensverteilung^{xxxi 4}, zweitens eine ausreichende Finanzierung von Infrastruktur, Bildung und Sozialsystem und drittens das Verursacherprinzip, damit sich Umweltschäden und Ressourcennutzung auf Kosten der Allgemeinheit nicht lohnen. Diese Ziele dürfte eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützen.

Weiterhin sollte eine unabhängige Kontrollkommission eingerichtet werden, die die Aufgabe hat, jährlich zu evaluieren, ob sich die Realität auf die Verfassungsziele zubewegt und Vorschläge für die Justierung des Steuersystems machen. Die Regeln und Steuersätze müssten dann jeweils nachjustiert werden. Dann geht es nicht mehr um das „ob“, sondern nur noch um das „wie“ – und

⁴ Als gerecht empfunden werden Einkommensunterschiede, wenn Inhaber von Spitzenämtern wie Regierungschefs oder Konzernchefs nicht mehr als das Zehn- bis Zwanzigfache verdienen als Menschen mit einfachen Tätigkeiten.

die Regierung steht nicht ständig am Pranger der Unternehmerverbände und des Steuerzahlerbundes, weil sie die Freiheit Unternehmen beschränkt oder zuviel Steuern erhebt.

Einzelne gute Konzepte für Steuern findet man übrigens bereits in einer Reihe von Ländern: Die Finanzierung der Renten und die Ökosteuern bzw. –abgaben in der Schweiz und Dänemark, die Gesamtkonzernsteuer in Kanada, das duale Steuersystem in Schweden oder das leider abgeschaffte Roosevelt'sche Einkommenssteuersystem in den USA (von 1935 bis 1980).^{xxxii}

6. Baustein: Ein neuer Typus einer demokratischen Verfassung

Um die hier vorgeschlagenen Schritte zu realisieren, braucht die Demokratie von Morgen auch einen neuen Typus von Verfassung. Diese sollte aus vier Teilen bestehen:

Im ersten Teil werden – wie in den meisten Verfassungen üblich, die Menschenrechte und Grundrechte beschrieben.

Der zweite Teil beschreibt die Institutionen der Demokratie und ihre Regeln: Also die Gewaltenteilung in sieben Gewalten, die Regeln der direkten Demokratie, die Kompetenzen der sieben Gewalten, die Regeln, wie die Vertreter der Gewalten gewählt bzw. ernannt oder gelöst werden.

Der dritte Teil der Verfassung behandelt die vertikale Gewaltenteilung – also die Beschreibung der Ebenen der Demokratie (Internationales, Europa, Nationalstaaten, Regionen, Kommunen), die Verteilung der Aufgaben an die einzelnen Ebenen mit dem Prinzip der Subsidiarität, die Regeln für die Erhebung der Steuern (siehe oben) und die Verteilung der Finanzmittel und für den Finanzausgleich zwischen den Regionen.

Der vierte Teil der Verfassung beschreibt die Grundprinzipien für die wichtigsten Politikbereiche. Also Prinzipien des Sozialstaates (Bürgerversicherung, Basisrente, Kindergrundsicherung usw.), der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Nachhaltigkeit (Klimaschutz, Naturschutz usw.), der Bildungspolitik (freier kostenloser Zugang), der Innenpolitik (Datenschutz, Sicherung der Bürgerrechte usw.) usw. Dieser Teil ist zugleich ein guter Anknüpfungspunkt für Volksentscheide. Vorbild dafür ist die Schweiz, wo Volksinitiativen keine detaillierten Gesetzesentwürfe enthalten können – die Ausarbeitung der Gesetze ist vielmehr die Aufgabe der Parlamente. Das Volk entscheidet über die Richtung – zum Beispiel die Einführung einer Bürgerversicherung. Die

Umsetzung in Gesetze geschieht in den gewählten Parlamenten. Die Ergebnisse können ggf. dann wieder vom Volk in Referenden gebilligt oder abgelehnt werden.

Der Charme solcher Verfassungsprinzipien besteht auch darin, dass sie einklagbar gemacht werden, dass aber die Umsetzung nicht durch den Zentralstaat, sondern auch durch die Regionen oder die Kommunen vor Ort erfolgen kann. Damit sind sie ein wichtiger Baustein dafür, die Gesellschaft dezentraler zu organisieren.

7. Baustein: Aufbruch in ein neues Europa

Die EU ist für die Bürger nicht nur weit weg, sondern auch tatsächlich ziemlich undemokratisch. Denn die wichtigsten Entscheidungen fällen weder das gewählte Parlament noch die Regierung (die Kommission), sondern der Europäische Rat, in dem nicht europäisches Denken sondern nationale Interessen im Vordergrund stehen. Dabei brauchen wir dringend eine handlungsfähige EU. Ein Rückfall in ein Nationalstaatsystem wäre eine Katastrophe. Eine demokratische Neugründung Europas steht deshalb auf der Tagesordnung.^{xxxiii}

Dazu sollte ein gewählter Bürgerkonvent einberufen werden, der mit intensiver Bürgerbeteiligung in ganz Europa eine neue Verfassung erarbeitet. Diese muss per Volksentscheid mit doppelter Mehrheit verabschiedet werden. Nur so kann die Blockade der nationalen Regierungen und Eliten überwunden werden und ein mutiger Verfassungsentwurf mehrheitsfähig werden.

Das künftige Europa sollte zugleich handlungsfähig und dezentral, solidarisch und nachhaltig, demokratisch und voller Respekt für die Vielfalt der Regionen und Völker sein. Dazu sollte eine neue EU sich auf wenige Aufgaben konzentrieren wie die Kontrolle der Finanzmärkte und der internationalen Konzerne, eine konsequente Friedens- und Entwicklungspolitik und einen solidarischen Finanzausgleich zwischen den Regionen. Die Botschaft einer solchen Verfassung wäre: Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie!

In allen anderen Bereichen – wie dem Klimaschutz, der Bürgerversicherung, der Bildung bis hin zum Rechtssystem – sollten nur die Standards verbindlich definiert werden (siehe Baustein 6 – Verfassungsprinzipien). Die konkrete Umsetzung sollte so dezentral wie möglich stattfinden. Die Einhaltung der Verfassungsprinzipien müsste jedoch künftig von den Gerichten geprüft und auch wirksam durchgesetzt werden können, notfalls durch finanzielle Sanktionen oder auch individuelle Strafen gegen Politiker, Regionen, Kommunen oder Nationalstaaten, die dagegen verstoßen.

8. Baustein: Die demokratische Assoziation als Weltgesellschaft

Klimawandel, Bürgerkriege, Terror und die davor flüchtenden Menschen lehren uns täglich neu, dass wir nicht mehr national denken dürfen. Auch Europa kann sich nicht mehr selbst genug sein und braucht eine Vision für eine neue Außenpolitik – oder besser Weltinnenpolitik.

Um die Millennium-Ziele umzusetzen, brauchen wir (die Menschen) einen Entwicklungsplan (Marshall-Plan)^{xxxiv}, der auf fairen Regeln der Zusammenarbeit, Wahrung der Menschenrechte und der UNO-Erklärungen basiert. Dabei hat Europa eine besondere historische Verantwortung gegenüber Afrika. Europa und Afrika könnten aus einem gemeinsamen Entwicklungsmodell ein Win-Win-Projekt machen.

Europa könnte so auch Vorbild und Impulsgeber für eine neue föderale Weltordnung werden. Damit dies gelingt, müssen die Industriestaaten sich für ein gleichberechtigtes Miteinander der Staaten und Völker öffnen – im eigenen Interesse. Wichtige Schritte sind die Schaffung eines Weltparlamentes als zweiter Kammer der UNO, die Eingliederung der OECD, der WTO, des IWF, der Weltbank und weiterer Institutionen und Abkommen in die Strukturen der UNO und deren schrittweise Demokratisierung.

Die Außenpolitik muss durch eine Weltinnenpolitik ersetzt werden. Dabei könnte die EU vorangehen und mit anderen engagierten Demokratien eine Internationale Demokratische Assoziation nach dem Vorbild der EU gründen. Diese könnte allen Ländern offen stehen, die Demokratie und Good Governance gewährleisten. Die Assoziation könnte ihren Mitgliedern Vorteile anbieten wie Handelsprivilegien (insbesondere für Entwicklungsländer), finanzielle Mittel wie einen Investitionsfonds und ein (kleines) Grundeinkommen für die Armen als Alternative zur Entwicklungshilfe. Damit würde ein starker Anreiz zur Demokratisierung und Good Governance geschaffen.

Ein starkes Instrument zur Durchsetzung einer Weltinnenpolitik kann die Erweiterung der Instrumentarien der WTO sein. Wer gegen UNO-Resolutionen zu Meeresschutz, Kinderarbeit, Arbeitnehmerrechten, Klimawandel usw. verstößt oder Steuerdumping praktiziert, verschafft sich einen unfairen Vorteil und sollte mit Strafzöllen belegt werden können, wie es schon bei der Gründung der WTO von Vordenkern gefordert wurde.

Conclusio: Das Ende des Kapitalismus

Der Kapitalismus – die dreihundertjährige expansive Übergangsphase von der Agrargesellschaft zur Postindriegesellschaft – geht zu Ende. Denn in diesem Jahrhundert wird das Wachstum nicht fortgesetzt werden können, da die Erde endlich ist. Es wird – ob wir es wollen oder nicht – ein neues Gleichgewicht entstehen, entweder gut gesteuert oder aus einem chaotischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Kollaps. Diese Metamorphose der Welt stellt alle Institutionen in Frage. Wird die Zukunftsgesellschaft eher eine hierarchische Parteidiktatur à la China oder eine dezentrale egalitäre Demokratie à la Schweiz sein?

Die Zukunftsprobleme vom Klimawandel bis zur Schere zwischen Arm und Reich sind durchweg lösbar. Es fehlt für keines der großen Probleme an Konzepten. Es kommt vielmehr darauf an, die Handlungsfähigkeit der Politik zu stärken, damit solche Konzepte umgesetzt werden können.

Die Geschichte der Demokratie war immer eine Geschichte von selbstbewussten gebildeten Mittelschichten, vom alten Athen, den mittelalterlichen Handelsstädten bis zu den Demokratien der Neuzeit. Die wichtigsten Faktoren für den Wandel sind die wachsende Lebensqualität (bei reduziertem Ressourcenverbrauch), das steigende Bildungsniveau, die globale Vernetzung und die wachsende globale Empathie. Das gilt auch für China – auch wenn dort die Angst vor einer chaotischen Perestroika immer noch überwiegt – selbst bei überzeugten Demokraten. Heute trifft man junge demokratiebegeisterte Chinesen in aller Welt, die meist nach dem Studium in ihre Heimat zurückkehren.

Um die demokratische Transformation zum Erfolg zu bringen, bedarf es neuer Bündnisse und kooperativer Politikformen, bei denen Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände, Wissenschaftler und Bürgerinitiativen mit emanzipatorischen Vertretern der Politik zusammen statt gegeneinander arbeiten. Insbesondere die kosmopolitisch gebildeten Mittelschichten der Metropolen – aus Industrie- und Entwicklungsländern – und die hedonistischen desillusionierten Unterschichten müssen für ein Bündnis gewonnen werden. Dazu bedarf es neuer Formen der Zusammenarbeit. NGOs und Politiker müssen lernen, überparteilich und projektorientiert zu denken und Feindbilder zu überwinden. Daraus kann eine sich selbst verstärkende Dynamik entspringen, aus der eine nachhaltige gerechtere und demokratische Weltgesellschaft hervorwachsen wird.

-
- ⁱ Siehe Sparks, Alister: *Tomorrow is Another Country*, 1994
- ⁱⁱ Viktoria Morasch: Die mit dem Plan B. TAZ am Wochenende, 7./8. Januar 2017
- ⁱⁱⁱ Arch Puddington, Tyler Roylance: *Freedom in the World - Anxious Dictators, Wavering Democracies: Global Freedom under Pressure*. Herausgeber: Freedom House, Washington 2016
- ^{iv} Jean-Jacques Rousseau: *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen*. Reclam Taschenbuch, Ditzingen 1998 (Originalausgabe: *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes*. Verlag Marc-Michel Rey, Amsterdam 1755)
- ^v Thomas Hobbes: *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Suhrkamp, Berlin 2011 (Originalausgabe 1651).
- ^{vi} Friedrich Engels: Anteil der Arbeit an der Menschwerdung der Affen, in: *Dialektik der Natur*. Karl Marx/Friedrich Engels-Werke Band 20, Dietz Verlag, Berlin 1962
- ^{vii} Richard Leakey, Roger Lewin Leakey: *Die Menschen vom See*. Ullstein Verlag 1982; Wolf Schneider: *Wir Neandertaler – Der abenteuerliche Aufstieg des Menschengeschlechts*. Bertelsmann Verlag, München 1995
- ^{viii} Bei den folgenden Darstellung folge ich u. a. Patrick Nolan, Gerhard Lenski: *Human Societies – An Introduction to Macrosociology*. Paradigm Publishers, 11. Auflage, London 2009; Yuval Noah Harari: *Eine kurze Geschichte der Menschheit*. Pantheon Verlag, 22. Auflage 2015 (Originalausgabe: *A Brief History of Mankind - Kizur Toldot Ha-Enoshut*. Or Yehuda 2011)
- ^{ix} Thomas Ebert: *Soziale Gerechtigkeit – Ideen Geschichte Kontroversen*. Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), Bonn 2010
- ^x Thomas Wagner: *Irokesen und Demokratie - Ein Beitrag zur Soziologie interkultureller Kommunikation*. LIT Verlag, Münster 2004
- ^{xi} Benjamin Franklin, Mitverfasser der US-Verfassung, soll tief beeindruckt von der antiautoritären Haltung und der föderalen Verfassung der sechs Irokesenstämme gewesen sein.
- ^{xii} Noch heute heißen die Parlamente in Dänemark Folketing (Volks-Thing), in Norwegen Storting (der große Thing) und in Island Althing.
- ^{xiii} Das hinderte sie nicht daran, selbst Sklaven zu halten – meist Kriegsgefangene.
- ^{xiv} Patrick Nolan, Gerhard Lenski: *Human Societies – An Introduction to Macrosociology*. Paradigm Publishers, 11. Auflage, London 2009
- ^{xv} Zu der Entwicklung Roms auf Basis der etruskischen Kultur siehe Werner Keller: *Denn sie entzündeten das Licht – Geschichte der Etrusker - die Lösung eines Rätsels*. Verlag Droemer Knaur, München 1970
- ^{xvi} Christoph Driessen: *Geschichte der Niederlande. Von der Seemacht zum Trendland (Kulturgeschichte)*. 2. Auflage, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2016
- ^{xvii} Charles de Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze*. Reclam, Stuttgart 1986 (Original: *Defense de l'Esprit des Loix*. Barrillot & Fils, Genf 1748)

-
- ^{xxviii} Jean-Jacques Rousseau: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Reclam Taschenbuch, Ditzingen 1998 (Originalausgabe: Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes. Verlag Marc-Michel Rey, Amsterdam 1755)
- ^{xxix} Howard Zinn: A People's History of the United States. Harper & Row, New York 1980 – siehe auch <http://www.historyisaweapon.com/zinnapeopleshistory.html>
- ^{xxx} The Tax Foundation: Federal Individual Income Tax Rates History. Washington 2014, gelesen in: <http://taxfoundation.org/article/us-federal-individual-income-tax-rates-history-1913-2013-nominal-and-inflation-adjusted-brackets> am 8.11.2016
- ^{xxxi} Thomas Piketty: Capital in the Twenty-First Century. The Belnap Press of Harvard University Press, London 2014
- ^{xxxii} Aristoteles: Politik - Schriften zur Staatstheorie. Herausgeber und Übersetzer: Franz Schwarz, Reclam, 2003 (Zusammenstellung von Originalschriften, Aristoteles lebte von 384 – 322 v. Chr.)
- ^{xxxiii} Rudolf Bahro: Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Europäische Verlagsanstalt (EVA), Köln/Frankfurt 1977
- ^{xxxiv} Felix Lee: Der kommende Mittelstand. Kommentar aus Beijing, in Die Tageszeitung, Berlin, 11.11.2012
- ^{xxxv} Stefan Bach: Erbschaftssteuer: Firmenprivilegien begrenzen, Steuerbelastung strecken. DIW Wochenbericht 7, 2015
- ^{xxxvi} Joachim Müller-Jung: Potsdamer Klimakonferenz – Wir stellen Sputnik und Apollo in den Schatten. Potsdam 11. Oktober 2007, gelesen in: http://files.globalmarshallplan.org/pr/pot_710.pdf
- ^{xxxvii} Ulrich Beck: Die Metamorphose der Welt. Suhrkamp Verlag, Berlin 2017 (Originalausgabe: The Metamorphosis of the world. Polity Press (Cambridge) 2016)
- ^{xxxviii} dpa: Wahlen – Donald Trump: Politnovize im Weißen Haus – Porträt. In ZEIT ONLINE, Washington, 19. Januar 2017, gelesen in <http://www.zeit.de/news/2017-01/19/wahlen-donald-trump-politnovize-im-weissen-haus-19183407> am 7.3.2017
- ^{xxxix} John Helliwell; Richard Layard; Jeffrey Sachs: World Happiness Report 2017. Sustainable Development Solutions Network, New York 2017 und: Arthur Schmidt: Schweizer sind zufrieden mit ihrem politischen System. 31. Dezember 2010, gelesen in www.moneycab.com/2010/12/31/schweizer-sind-zufrieden-mit-ihrem-politischem-system/
- ^{xl} David van Reybrouck: Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Wallstein Verlag 2016
- ^{xli} Richard Layard: Die glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005 (Originaltitel: The New Happiness. Penguin, New York 2005)
- ^{xlii} Karl-Martin Hentschel: Bürger, Kommune und Staat – Über die kommunale Basis des skandinavischen Sozialstaates. In Kommune, Zeitschrift für Politik, Ökologie, Kultur, Frankfurt Nr. 6-2006; Hentschel, Karl-Martin: Von wegen alternativlos – Eine gerechte Gesellschaft als Ziel. Europa Verlag, Zürich 2013

^{xxxiii} Mehr Demokratie e. V.: Positionspapier Nr. 11 – Europa neu denken und gestalten – Vorschläge für eine Neubegründung der EU, gelesen in https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Positionen11_Europa_neu_denken_und_gestalten.pdf

^{xxxiv} Al Gore: Wege zum Gleichgewicht – Ein Marshallplan für die Erde. S. Fischer, Frankfurt 1992 (Originalausgabe: *Earth in the Balance – Ecology and the Human Spirit*. Rodale Books, New York 1992)